

jetzigen Zeit von Vereins wegen zu erörtern. Ich habe vielmehr versucht, den Herren klar zu machen, daß es besser wäre, wenn sie von Firma zu Firma verhandelten und erst einmal eine Aussprache mit daran besonders interessierten Firmen pflegten. Es waren die Vertreter der meistbeteiligten Berliner Firmen vollzählig anwesend, und aus Stuttgart und Leipzig waren ebenfalls Vertreter des schönwissenschaftlichen Verlags, wie z. B. Herr Staadmann, erschienen. Es hat also durchaus keine Umgehung der Vereinigung schönwissenschaftlicher Verleger stattgefunden. Herr Direktor Kilpper hat davon gewußt, und auch er hat mir gegenüber betont, daß er ein Verhandeln von Verband zu Verband nicht für aussichtsreich hält. Eine solche Verhandlung ist ja auch gar nicht möglich, da weder die Vereinigung schönwissenschaftlicher Verleger, noch der Deutsche Verlegerverein die Machtmittel hat, eine derartige Vereinbarung durchzudrücken. Wir haben ebensowenig das Recht, unsere Mitglieder auf einen derartigen Tarifvertrag festzulegen, wie der Schriftstellerverband das Machtmittel hat, seine sämtlichen Mitglieder und vor allen Dingen die Nichtmitglieder unter den Schriftstellern zu bewegen, sich an diese Bedingungen zu halten. Es ist das also nur eine wissenschaftliche Aussprache gewesen, die zur Klärung dieser Frage dienen sollte.

Dr. Alfred Giesecke (Leipzig): Ich möchte nochmals die Bitte an den Herrn Vorsitzenden richten, die Herren zu ersuchen, politische Anspielungen zu unterlassen. (Sehr richtig!) Es gibt hier Leute, denen diese Dinge zu ernst sind (Bravo), als daß sie es schön finden, wenn sehr billige Witze über die augenblicklichen Zustände gemacht werden. (Sehr richtig! — Lachen.)

Vorsitzender Dr. Georg Paetel (Berlin): Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Dr. Giesecke nur anschließen und noch einmal wiederholen, was ich eingangs schon mehrfach gesagt habe, daß ich alle Redner bitte, sich möglichst an die Sache zu halten, sich möglichst kurz zu fassen und möglichst nur Tatsachen und Kritiken daran vorzubringen.

Sortimenterteuerungszuschlag.

Vorsitzender Dr. Georg Paetel (Berlin): Ich wollte den Herren im Anschluß an den Sortimenterteuerungszuschlag nur mitteilen, daß am vergangenen Montag in Berlin eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium stattgefunden hat, zu der außer dem Vorstand des Börsenvereins und mehreren Vertretern des Sortiments aus ganz Deutschland auch Ihr Vorsitzender als Vertreter des Deutschen Verlegervereins hinzugezogen worden war. Angesichts der drohenden Anklage gegen den Börsenvereinsvorstand und durch die scheinbare Absicht, die bei den Regierungsstellen bestand, sich auch mit den Verlegerpreisen zu beschäftigen, war es geboten, eine Einheitsfront gegen die Regierung herzustellen. Wir haben deshalb gemeinsam der Regierung zunächst das Recht abgestritten, sich in die Preisbildung des Buchhandels überhaupt einzumischen, mit der Begründung, daß die Bücher nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs seien, daß die bisher ergangenen Gerichtsurteile die Sache nicht genügend geklärt hätten und die Regierung auch nicht genügend Unterlagen zur Hand hätte, um ihren Standpunkt weiter aufrechtzuerhalten. Die Regierung hat das freilich bestritten. Die Sache blieb aber schließlich auf sich beruhen, und wir kamen dann zu den einschlägigen Fragen.

Ihr Vorstand stellte sich in der Sitzung am 3. März zwar auf den Standpunkt, daß sachlich immer noch keine neuen Unterlagen beigebracht wären, die eine 20%ige Erhöhung des Zuschlags dringend notwendig erscheinen ließen, erkannten aber an, daß für die Zukunft im Hinblick auf die erhöhten Kosten, besonders der Spesen und Gehälter, dem Sortiment ein Ausgleich dafür geschaffen werden müßte. Mit anderen Worten: er glaubte dem Börsenvereinsvorstand darin beistimmen zu müssen, daß es jetzt an der Zeit wäre, eine Erhöhung des Zuschlags auszusprechen, stand aber andererseits auf dem Standpunkt, daß der Sortimenterteuerungszuschlag an sich überhaupt ein Unding wäre, und daß mit allen Mitteln erstrebt werden müßte, jeden Zuschlag zu dem Ladenpreise wieder abzubauen und möglichst wieder zu dem alten Ladenpreise zurückzuführen. Wir haben zur Erreichung dieses Ziels die Ihnen ja bekannte Umfrage erlassen, über deren Resultat noch weiter berichtet werden wird.

Weiteres konnte ich in der Versammlung am Montag auch nicht erklären, und andererseits mußte ich mich nach den dort neu gebrachten Unterlagen auch davon überzeugen, daß tatsächlich das Sortiment sich jetzt in einer Notlage befindet, und daß augenblicklich der 20%ige Zuschlag nicht abgebaut werden könnte. Es lagen Statistiken vor, aus denen einwandfrei hervorging, daß der Rabatt, den das Sortiment jetzt bezieht, infolge der sehr starken Rabattverkürzungen, die der Verlag hat eintreten lassen, im Durchschnitt ungefähr 28 bis höchstens 29% betrage. Dieser Grund war für die Regierung wohl maßgebend dafür, daß sie ihr Widerstreben gegen den Zuschlag fallen ließ; andererseits auch die Mitteilungen aus der Provinz, aus Süddeutschland, aus dem Rheinland und aus Ostpreußen, die über eine große Mißstimmung der dortigen Kreise gegen die Berliner Regierung und ihre Maßnahmen berichteten. Diese politischen Erwägungen und andererseits die vorgebrachten statistischen Unterlagen lassen es wohl als ziemlich sicher erscheinen, daß das Reichswirtschaftsministerium den 20%igen Zuschlag genehmigen wird. Es hat sich aber andererseits auch auf den Standpunkt des Deutschen Verlegervereins gestellt, daß es mit Freuden begrüßen würde, wenn überhaupt jeder Zuschlag abgebaut werden könnte, und daß es also mit Interesse dem Resultat unserer Umfrage entgegensteht.

Ich bitte Herrn Hofrat Dr. Ehlermann, über diese Umfrage berichten zu wollen.

Hofrat Dr. Erich Ehlermann (Dresden): Meine Herren, der Bericht über diese Angelegenheit bedarf noch einer kurzen Ergänzung insofern, als erst ein Teil der Befragten geantwortet hatte, sodaß man ein abschließendes Bild bei Abfassung des Berichts noch nicht gewinnen konnte. Ich habe im Bericht aber wenigstens die notwendigsten Zahlen gegeben, die Sie kennen. Dennoch ist es vielleicht gut, wenn ich Ihnen kurz ins Gedächtnis zurückrufe, was unser Fragebogen enthielt. Es war eine Erklärung, in der gesagt wurde:

Auf Ihrer Rundfrage erkläre ich mich bereit:

1. meine Teuerungszuschläge,
2. meine Ladenpreise,
3. meine Rabattsätze

im Sinne Ihres Rundschreibens zu erhöhen. Ich mache hinsichtlich dieser Erhöhungen die folgenden Einschränkungen: usw.

Es ist nun zunächst einmal dabei geblieben, daß die Zahl der Antworten eine außerordentlich kleine ist. Es sind nachträglich nur noch wenige Antworten eingegangen. Im ganzen waren 760 Mitglieder gefragt worden. Es sind wenig mehr als ein Drittel Antworten eingegangen.

Die wichtigste Frage scheint mir die zu sein: Wie stehen diejenigen Firmen, die überhaupt nicht geantwortet haben? Meines Erachtens kann man sicher sein, daß diese Firmen dem Rundschreiben nicht zugestimmt haben würden; denn die Frage ist für den gesamten Buchhandel — nicht nur für den Verlag, sondern auch für das Sortiment — von so hervorragender Wichtigkeit, daß ich keinem Verleger zutraue, er werde, wenn er sich sagt: ich kann dieser Umfrage zustimmen, trotzdem schweigen.

Die weitere große Schwierigkeit ist aber allerdings, die Stimmen zu wägen und nicht nur zu zählen, und das ist ja bei einer so großen Zahl außerordentlich schwierig. Ich möchte nur hervorheben, daß eine sehr große Zahl von Großfirmen — gerade von Großfirmen — überhaupt nicht geantwortet haben. In Berlin sind das 14, darunter Herr Dr. Paetel (Heiterkeit), in Leipzig 7, darunter Herr Hofrat Dr. Meiner. (Erneute Heiterkeit.) Also selbst die Spitzen des Verlags haben sich zu der Angelegenheit nicht geäußert. Ich kann nun nicht gut annehmen, daß diese in einer Opposition, geschweige denn in einer grundsätzlichen Opposition stehen; ich glaube vielmehr, daß die meisten Firmen — und auch ich hätte beinahe dazu gehört — wohl nicht geantwortet haben, weil sie sich sagten: »Ja, welche Antwort soll ich denn eigentlich auf diese Frage geben? Ich kann nicht ja sagen, ich kann aber auch nicht nein sagen.« (Sehr richtig!) Jedenfalls bleibt soviel bestehen, daß unter den 760 befragten Firmen nur 245 ihre Zustimmung zu den Vorschlägen erteilt haben, d. h. ungefähr 32 Prozent.